

Die Zukunft der Europäischen Union

Autor(en): **Schäuble, Wolfgang**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **16 (2007)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

Wolfgang Schäuble

In Deutschland ist vergangenes Jahr ein Film über Margarete Steiff ausgezeichnet worden. Er zeigt, wie sie in einer Kleinstadt am Rande der schwäbischen Alb – nicht so furchtbar weit von der Schweiz entfernt – die ersten Stofftiere per Hand hergestellt hat. Wenige Jahre später konnten durch die Erfindung der Nähmaschine 400 Näherinnen in einer Fabrik schon eine Million Steiff-Teddybären produzieren.

Das ist so lang nicht her. Aber seither hat sich die technische Entwicklung wahnsinnig beschleunigt. Heute wird prognostiziert, dass in einem Jahrzehnt fast alle amerikanischen Steuererklärungen in Indien erstellt werden. Wohl nie zuvor war die Lebenswelt einer Generation der ihrer Eltern weniger ähnlich als heute.

Es spricht mehr dafür als dagegen, dass sich das Tempo weiter beschleunigen wird. Deswegen ist die Einstellung auf Zukunftstrends im weltweiten Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Indien profitiert mit seinen vielen jungen, gut ausgebildeten Leuten von der Globalisierung heute wahrscheinlich am meisten. Wir reden oft von China und übersehen dabei manchmal Indien ein wenig.

Vor diesem Hintergrund muss man sich auch über die Zukunft der Europäischen Union (EU) Gedanken machen. Wenn man bei *google* die Begriffe «Zukunft» und «Europäische Union» eingibt, erhält man über zwei Millionen Treffer. Die Qualität der Einträge einmal dahingestellt, zeigt das doch, wie viele sich die Frage stellen, ob die EU die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist – und ob sie dafür gerüstet ist. Und das ist auch die Frage, die Sie mir stellen. Ich will versuchen, unter Berücksichtigung meines Verantwortungsbereichs als Innenminister ein paar Antworten zu geben.

Unter den Herausforderungen der Zukunft ist vielleicht der Klimawandel die wichtigste. In diesem milden Winter – in der Schweiz muss man davon nicht lange reden – sehen wir alle, was das bedeutet. Jedes Mal, wenn ich über die Alpen fliege, denke ich, mein Gott, früher war selbst im Sommer alles weiss,

wenn man hinuntergeschaut hat. Heute sieht es anders aus, und in zehn Jahren wird es noch einmal ganz anders ausschauen. Die Experten waren lange vorsichtig, aber in ihrem jüngsten Bericht für die Vereinten Nationen sagen sie deutlich, dass der Mensch die entscheidende Verantwortung für die globale Erwärmung trägt.

Wir aus den westlichen Industrieländern sind an dieser Entwicklung massgeblich beteiligt. Der Kohlendioxidausstoss wird – trotz allem, was wir im Europäischen Rat beschliessen – weiter dramatisch steigen, wenn über eine Milliarde Chinesen vom Fahrrad auf einen Kleinwagen umsteigen sollten. Wir müssen uns auf weitere Überschwemmungen, Wirbelstürme, Dürreperioden und deren Auswirkungen wie Flüchtlingsströme und kriegerische Auseinandersetzungen einstellen.

Eine andere globale Gefahr sind Seuchen wie die Vogelgrippe oder die Ausbreitung des HI-Virus. Wir haben rund 40 Millionen Infizierte weltweit – mit weiter steigender Tendenz. Durch die Ausbreitung von Aids-Erkrankungen könnte etwa Botswana Mitte des Jahrhunderts vielleicht gar nicht mehr existieren. Oder denken Sie an Anschläge mit biologischen Stoffen, an die Anthrax-Panik vor wenigen Jahren. Auch das ist ein Trend, auf den wir uns in Europa einstellen müssen – von Notfallplänen bis zur Bereithaltung von Impfstoffen.

Dass wir wirtschaftlich immer mehr im globalen Wettbewerb stehen, ist offensichtlich. Unsere Wirtschaft, die Finanzsysteme, unsere Arbeitsplätze sind längst globalisiert. Natürlich haben wir immer noch den stärksten Austausch innerhalb Europas, und die Schweiz ist einer der wichtigsten Handelspartner. Aber wir sehen, wie die internationalen Finanzmärkte unsere Wachstumsraten beeinflussen. Wir müssen mit China um den Schutz unserer Marken und Patente ringen. Russland wird demnächst in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen. Das heisst, die Konkurrenz nimmt zu.

Der Wettbewerb um Energie und Rohstoffe wird ebenfalls ein grosses Zukunftsthema sein. China ist dabei, sich immer mehr Öl- und Gasressourcen in Afrika wie auch in Lateinamerika zu sichern. Dem weltgrössten Gasförderer Russland drohen voraussichtlich bald Engpässe bei der eigenen Versorgung im Inland. Angesichts des sich verschärfenden globalen Wettlaufs um Energie muss die EU als zweitgrösster Energieverbraucher der Welt eine strategisch ausgerichtete Energiepolitik entwickeln.

Was uns immer wieder beschäftigen muss, ist die Gleichzeitigkeit von Ungleichem, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen reich und arm in einer enger zusammenwachsenden Welt – in der Bildung, Qualifikationen, Arbeitsplätze und Lebenschancen ungleich und immer ungleicher verteilt sind.

Die Globalisierung verschärft die Spaltung zwischen Wohlstand und Armut. In den Armutsregionen gibt es keine funktionierenden Sozialsysteme, die diese Spaltung abfedern könnten. Den Betroffenen ist das alles durch die weltweite Vernetzung, durch Kommunikation in Echtzeit, durch Fernsehen und Internet bewusst. Bilder und Informationen sind durch die Globalisierung mobiler geworden.

Das weltweite Bevölkerungswachstum wird diese Entwicklungsunterschiede noch erheblich steigern. Die demographische Entwicklung lässt sich für die nächsten 20, 30 Jahre in der Welt einigermaßen gesichert vorhersagen. Wir können nicht so tun, als würde dergleichen über Nacht passieren. Denn die, die in 20, 30 Jahren Eltern sein wollen, müssen heute schon geboren sein.

In den meisten europäischen Ländern wird die Bevölkerungsentwicklung immer noch primär als innenpolitisches Problem verstanden. Also spielt der demographische Faktor bei der Diskussion um Rentenversicherungen und Gesundheitssysteme eine Rolle. Aber die globalen Bevölkerungstrends, das ganz unterschiedliche Bevölkerungswachstum, die ganz unterschiedliche Verteilung zwischen Jüngeren und Älteren in den verschiedenen Regionen werden unsere Sicherheits- und Migrationspolitik in den nächsten Jahren noch wesentlich beeinflussen.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs betrug die Weltbevölkerung knapp drei Milliarden Menschen. Heute sind es insgesamt 6,5 Milliarden. Und die Prognose bis zur Mitte des Jahrhunderts liegt bei etwa 9,5 Milliarden. Und dieses Wachstum vollzieht sich völlig unterschiedlich. In manchen Ländern wird sich die Bevölkerung verdreifachen, in anderen zurückgehen – dies insbesondere in Europa und Russland, während sie in Afrika und Indien dramatisch ansteigt wie auch in der arabisch-islamischen Welt, die teilweise die höchsten Geburtenraten hat. Dies wiederum wird auch in europäischen Ländern mit hohem Migrationsanteil aus der islamischen Welt Auswirkungen haben.

Gleichzeitig haben wir in Europa die höchsten sozialen Sicherungsstandards weltweit und ein stabiles, wenn auch teilweise eher gemässigtcs Wirtschafts-

wachstum. Dem gegenüber stehen Staaten, die ihrer rasant wachsenden jugendlichen Bevölkerung kaum Perspektiven bieten können, die keine oder völlig unzureichende soziale Sicherungssysteme haben und deren Wirtschaftswachstum hinter der Geburtenrate zurückbleibt.

Das schafft Lock- und Treibfaktoren. Das Ergebnis können wir wie die Spitze eines Eisberges in den Nachrichten sehen, wenn Menschen aus Afrika in wackligen, überfüllten Fischerbooten an den Küsten Spaniens und Italiens anlanden. Mehr als 30'000 Migrantinnen sollen auf diesem Wege allein im vergangenen Jahr auf den Kanaren angekommen sein. Über die Zahl derer, die auf dem Weg übers Wasser den Tod gefunden haben, lässt sich nur spekulieren. Auch das ist etwas, was uns in Europa betrifft und womit wir uns nicht abfinden können.

Die Antwort auf all diese globalen Herausforderungen der Zukunft lautet nach meiner Überzeugung: *mehr Europa*. Kein europäisches Land wird allein genug Macht und Einfluss haben, um die Zustände in der Welt hinreichend zu beeinflussen, geschweige denn zu verbessern. Gemeinsam können wir unser Potenzial bündeln und mehr erreichen.

Um bei der Zuwanderung zu bleiben: Man kann den illegalen Migrantinnen, die nach Europa streben, im Grunde keinen Vorwurf machen. Sie suchen Perspektiven und riskieren dafür ihr Leben. Umso wichtiger ist es, dass wir Europäerinnen und Europäer das Menschenmögliche tun, um diesen Zustand, von dem am Ende nur skrupellose Menschenhändler profitieren, zu beenden. Es ist keine Lösung – das haben die Spanier inzwischen eingesehen – eine halbe Million illegal Eingereister alsbald zu legalisieren. Denn damit schafft man nur einen Pull-Effekt. Wir müssen in Europa eine gemeinsame Politik finden, um besser mit diesem Problem zurecht zu kommen.

Übrigens kommt die grösste Gruppe von Einwanderern nach Spanien keineswegs aus Afrika, sondern aus Lateinamerika, die zweitgrösste aus Südosteuropa – was auch heisst, dass wir in Mitteleuropa längst nicht nur Ziel, sondern auch Durchgangsstation für Wanderungsbewegungen sind. Auch diesem Phänomen können wir in Europa nur gemeinsam begegnen. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht die Falschen die offenen Grenzen nutzen, die wir durch Schengen geniessen – die Schweiz wird ja dem Schengensystem auch bald angehören. Wir wollen Migration nicht aufhalten, aber wir werden sie steuern müssen.

Wir müssen auch daran denken, die Integration zu fördern. Die Migranten, die in Europa ankommen, müssen einen Sprung machen, für den wir Europäer in der Vergangenheit wahrscheinlich meist Jahrhunderte benötigt haben. Das ist die Gleichzeitigkeit von ganz Ungleichzeitigem. Bestimmte Migranten kommen vielleicht aus Elternhäusern, die noch Lehmböden hatten und keinen Strom kannten. Sie sind in Europa zum ersten Mal mit einer westlichen Wohlstandsgesellschaft, deren Licht- und Schattenseiten konfrontiert. Sie müssen sich den Anforderungen eines Arbeitsmarktes stellen, der hoch spezialisiert ist und in erster Linie für Fachkräfte Verwendung hat. Wir müssen uns in Europa stärker über Integrationsprobleme austauschen und uns gegenseitig im Sinne eines offenen Erfahrungsaustauschs helfen, raten und unterstützen.

Durch die Vernetzung, durch weltweite Kommunikation ist der Integrationsdruck gar nicht mehr so stark vorhanden. Berlin ist wohl die grösste türkische Stadt ausserhalb der Türkei. Sie hat jedenfalls mehr türkische Einwohner als die ganze Schweiz oder sogar die gesamten Vereinigten Staaten. In Berlin können junge Türken in Stadtteilen leben, in denen sie keine andere als die türkische Sprache brauchen. Sie können mehr als 40 türkischsprachige Fernsehprogramme empfangen. Es gibt zahllose türkischsprachige Zeitungen.

Das heisst, die Türken müssen ihre Wurzeln gar nicht kappen und sich in ein neues Leben stürzen, wenn sie nach Berlin kommen. Sie können jederzeit in ihre Heimat fahren und dort einen Ehepartner suchen. Deswegen ist die Hoffnung und stillschweigende Erwartung, dass sich Integrationsprobleme im Laufe der Generationen von alleine lösen würden, ins Gegenteil gekippt. Und deswegen hat die Regierung der Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossen, die Integrationsdefizite in Deutschland mit grosser Entschiedenheit anzugehen. Auch hier brauchen wir europäische Zusammenarbeit, haben doch andere Länder ganz ähnliche Probleme.

Hierbei ist der Dialog mit dem Islam besonders wichtig. Wir haben in Deutschland inzwischen etwa dreieinhalb Millionen Muslime. Wir müssen unsere Erfahrungen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu den christlichen Kirchen nun auf ein partnerschaftliches Verhältnis zum Islam hin entwickeln. Die Vielfalt des Islam in unserem Land muss sich darauf aber auch selbst vorbereiten. Das ist der Sinn der von mir ins Leben gerufenen Islamkonferenz, mit der ich einen auf Dauer angelegten Dialog zwischen Staat und Vertretern der Muslime ermöglichen will. Und etwas Ähnliches müssen wir eben auch europäisch schaffen.

Wenn und soweit der Islam Teil Europas werden will, muss er die Grundregeln europäischer Tradition, Kultur, Zivilisation akzeptieren. Er muss in diesem Europa – samt Aufklärung, Universalität der Menschenrechte und Trennung von Staat und Religion – heimisch werden. Das ist auch eine Frage, bei der wir in Europa voneinander lernen können und miteinander diskutieren müssen.

Wir müssen auch der Tatsache ins Auge sehen, dass in dieser Welt voller Spaltungen die terroristischen Bedrohungen zunehmen. Die Welt der Globalisierung bedingt, dass die Grenzen zwischen innerer und äusserer Sicherheit allmählich obsolet werden. Wir haben heute im Deutschen Bundestag über die Entsendung von Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan entschieden. Es ist uns nicht leicht gefallen, zumal erst gestern ein Mitarbeiter der Welthungerhilfe in Afghanistan ermordet worden ist. Aber wir müssen uns an Bemühungen zur Stabilisierung beteiligen, weil wir in Europa alle von den Auswirkungen solcher Krisen in unserer eigenen inneren Sicherheit bedroht sind.

Die fundamentalistischen Entwicklungen nehmen zu. Natürlich ist die grosse Mehrheit der etwa 1,3 Milliarden Muslime weltweit nicht fundamentalistisch orientiert, aber der Nährboden ist vorhanden und das Spannungspotenzial auch. Deswegen dürfen wir nicht glauben, dass Europa in diesem 21. Jahrhundert eine Insel der Glückseligkeit werden könnte. Gerade unsere westliche Lebensart macht uns zum Zielobjekt. Denn mit den Augen anderer betrachtet, leben wir so, dass man sich daran auch kräftig reiben kann. Wenn dann noch Neid und das Gefühl eigener Unterlegenheit hinzukommen, wird schnell deutlich, warum wir Teil eines weltweiten Gefahrenraums sind – ob es uns gefällt oder nicht.

Wir müssen uns auf neue Bedrohungen des Terrorismus und der asymmetrischen Kriegsführung einstellen. Das Kriegsführungsmonopol liegt nicht mehr ausschliesslich bei den Nationalstaaten. Die neuen Bedrohungslagen, die von Terroristen, *warlords* und *failing states* ausgehen, haben die klassischen zwischenstaatlichen Konflikte ein ganzes Stück weit abgelöst.

Das heisst auch, dass gewohnte Schutzmechanismen nicht mehr funktionieren. Gegen Selbstmordattentäter in Vorortzügen kann man sich nicht mit Mittelstreckenraketen oder atomgetriebenen U-Booten schützen. Im Innern werden wir gegen diese Bedrohungen nur gemeinsam vorgehen können. Wir werden den Terrorismus nicht verhindern, aber wir können ihn bekämpfen, wenn wir

in Europa gemeinsam handeln. Deswegen müssen Polizeien und Nachrichtendienste ihre Erkenntnisse und Daten viel stärker austauschen. Deswegen setze ich mich in unserer Präsidentschaft ganz massiv dafür ein, dass wir die gemeinsame Polizeibehörde Europol und die europäische Grenzschutzagentur Frontex stärken. Wir kommen dabei übrigens gut voran.

Ich bin gar nicht so sehr für immer neue Initiativen, sondern vielmehr dafür, bestehende Initiativen in eine effektive Zusammenarbeit umsetzen. Deswegen habe ich mich dafür eingesetzt, den Prümmer Vertrag, der die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit sehr effizient organisiert, in das europäische Regelwerk zu überführen. Auch das wollen wir in den Monaten unserer Präsidentschaft schaffen, damit unsere Polizeien gegenseitig auf DNA-Daten und Fingerabdruckdateien zugreifen können.

Deutschland und Österreich haben bereits mit dem Austausch von DNA-Daten begonnen. Schon in den ersten Monaten hatten wir so viele Treffer, dass in einer Vielzahl von polizeilichen Ermittlungsverfahren bei schweren Straftaten wesentliche Fandungserfolge erzielt werden konnten. Dieses Modell der Zusammenarbeit ist so attraktiv, dass sich selbst die Amerikaner dafür interessieren. Die Schweiz hat im nächsten Jahr die Freude, gemeinsam mit Österreich die Fussball-Europameisterschaft auszutragen. Im Rahmen des Prümmer Vertrages tauschen wir nun nicht nur Informationen über Terrorverdächtige, sondern auch über Hooligans aus.

Wir haben vergangenes Jahr bei der Fussball-Weltmeisterschaft in Deutschland hervorragende Erfahrungen mit der europäischen Zusammenarbeit gemacht. So waren etwa 500 Polizisten, davon 320 in Uniform, bei uns im Einsatz – unter ihnen auch Schweizer. Es war vor zehn Jahren noch völlig undenkbar, dass schweizerische oder französische Polizisten in ihren Uniformen in Deutschland polizeiliche Exekutivbefugnisse ausüben. Vorher hiess es bei den Länderpolizeien in Deutschland, sie könnten das nicht. Also habe ich den ausländischen Polizisten die Befugnisse von Beamten der Bundespolizei verliehen. Aber ich sage Ihnen, in Zukunft werden es alle so machen. Ich empfehle Ihnen, bei der Europameisterschaft und ähnlichen Anlässen die Möglichkeiten zu nutzen.

Manchmal fragt man sich mit Blick auf die europäische Zusammenarbeit schon, was wir eigentlich wollen, warum wir sie in all ihrer Kompliziertheit überhaupt betreiben. Denn der Alltag kann mitunter recht mühsam sein. Von den Aufga-

ben der europäischen Einigung her gesehen, sage ich noch einmal: Wenn wir in dieser Welt der Globalisierung, die uns stärker vernetzt, uns stärker in fast allen unseren Lebensinteressen existenziell berührt, behaupten wollen und wenn wir uns zugleich gegen die Vertiefung der Gegensätze und deren Auswirkungen erfolgreich wehren wollen, müssen wir uns verstärkt in anderen Teilen der Welt engagieren. Nur wer Verantwortung übernimmt, kann auf Besserung hoffen.

Ich bin der Überzeugung, dass unser europäischer Kontinent für den Zustand dieser Welt viel Verantwortung trägt. Wir haben einen entscheidenden Beitrag zur technisch-wissenschaftlichen Beschleunigung geleistet. Wir könnten auch an die Kolonialzeit und vieles andere erinnern. Also können wir die Menschen in anderen Erdteilen nicht mit den Folgen unseres Tuns allein lassen. Am Ende handeln wir aber auch hier in einem wohlverstandenen eigenen Interesse.

Wir müssen versuchen, kritische Regionen frühzeitig zu stabilisieren. Wir werden genozidartige Massenmorde wie in Uganda, Somalia oder Darfur nicht tatenlos hinnehmen, ohne Schaden an unserer eigenen Seele zu nehmen – weil wir es eben im Fernsehen sehen und nicht sagen können, wir hätten es nicht gewusst. Wir können Länder oder Regionen wie Afghanistan oder den Nahen Osten nicht im Chaos versinken lassen – weil wir sonst den Nährboden für Extremismus und Terrorismus schaffen. Deren Auswirkungen würden wir in terroristischen Bedrohungen wie in Migrationsströmen bei uns in Europa deutlich spüren.

Das alles sind keine ausschliesslich innenpolitischen Probleme mehr und erst recht keine nationalen. Deswegen brauchen wir mehr europäische und internationale Zusammenarbeit.

Wir müssen auch die transatlantische Partnerschaft stärken. Wenn wir ein bisschen genauer hinschauen, stehen wir diesseits und jenseits des Atlantiks – trotz aller Unterschiede – bei den meisten Fragen doch auf derselben Seite. Wenn wir nicht wollen, dass die Amerikaner unilateral entscheiden, brauchen sie verlässliche Partner. Und das kann nur ein *starkes* Europa sein.

Wir sind toll darin, multilateral zu entscheiden, was die Amerikaner unilateral umsetzen sollen. Aber genau das akzeptieren die Amerikaner nicht. Wenn man nicht will, dass die Amerikaner unilateral entscheiden, muss man ihnen

Partner zur Verfügung stellen, muss man Partner sein. Das macht Entscheidungen, wie wir sie heute im Deutschen Bundestag über das deutsche Engagement in Afghanistan fällen mussten, nicht eben leicht, aber trotzdem zwingend. Wir brauchen einen stärkeren europäischen Pfeiler, damit die atlantische Partnerschaft funktioniert.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass sich die internationale Ordnung, wie sie sich seit 1945 entwickelt hat, weiter verändern wird. Die aufstrebenden Staaten und Weltregionen, die sich zu bevölkerungspolitischen – und nicht nur bevölkerungspolitischen – Schwergewichten entwickeln, werden künftig mehr Gewicht in internationalen Organisationen beanspruchen. Die internationalen Organisationen sind bis heute noch im Wesentlichen europäisch-amerikanische Schöpfungen, um gemeinsam westliche Werte, Normen und Interessen zu behaupten. Vielleicht haben Chinesen, Inder, Afrikaner oder Araber aber doch andere Vorstellungen von Freiheitsrechten, Vertragsfreiheit und Gerechtigkeit. Sie werden gegebenenfalls versuchen, sie durchzusetzen.

Umso wichtiger ist es, dass wir versuchen, zu einer gemeinsamen Politik aller zivilisierten Mächte zu kommen. Das heisst, dass wir versuchen müssen – auch da kann ein geeintes Europa viel beitragen –, den Dialog zwischen den grossen zivilisierten Mächten Japan, Australien, Ägypten, China, Indien, Russland, natürlich auch Amerika und Kanada voranzubringen. Denn alle, die zivilisatorische Fortschritte errungen haben und diese für die Zukunft bewahren und weiterentwickeln wollen, haben insofern auch gemeinsame Interessen. Ich bin kein Pessimist, sondern versuche nur, realistisch zu sein, wenn ich sage, dass die Chancen dafür schon deshalb gar nicht so schlecht stehen, da die neuen Bedrohungen im Grunde uns alle betreffen. Deswegen müssen wir an einem Strang ziehen und neue Formen der Zusammenarbeit finden.

In all ihrer Kompliziertheit ist die EU in dieser globalisierten Welt immer noch das interessanteste Modell unter den neuen Formen von Zusammenarbeit, bei dem die alleinige Zuständigkeit des scheinbar souveränen Nationalstaats durch neue, im 21. Jahrhundert angemessene Reformen überwölbt wird.

Wir sollten auch stärker als bisher die Chance nutzen, mehr Stabilität in der Welt über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erreichen. Die Vereinten Nationen sind in all ihrer Unvollkommenheit die einzige Organisation, in der immer noch alle Akteure an einem Tisch sitzen. Deswegen können sie immer noch am ehesten eine glaubwürdige politische Verantwortung für alle

übernehmen. Auch dazu müssen Amerikaner und Europäer an einem Strang ziehen und Russland als gleichberechtigten Partner einbeziehen. Und auch Probleme um das iranische Atomprogramm werden nur zu lösen sein, wenn Russland, Europa und Amerika zusammen gehen.

Wenn die internationale Zusammenarbeit funktionieren soll, braucht es Kooperationen auf Augenhöhe. Das heisst, die Sorgen des anderen ernst zu nehmen. Wir müssen Russlands Sorgen um Alleingänge von Europäern und Amerikanern genauso ernst nehmen, wie wir umgekehrt den Russen sagen müssen, was uns an Russlands Politik besorgt. Das heisst also nicht, dass wir Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte ausklammern. Eine faire Partnerschaft bedeutet, offen miteinander zu reden und eben nicht arrogant. Dadurch bricht noch nicht so schnell wieder der Kalte Krieg aus. Wir haben viel zu viele gemeinsame Interessen, als dass wir neue Eiserne Vorhänge herunterlassen könnten.

Wenn wir auf die globalen Herausforderungen adäquat reagieren wollen, stellt sich die Frage, wie wir die Zusammenarbeit innerhalb der EU mit jetzt 27 und demnächst vielleicht noch mehr Mitgliedstaaten organisieren. Ich halte die bisherige Erweiterung für alternativlos richtig. Sie hat die Teilung Europas beendet. Es wäre auch völlig unvorstellbar, dass wir fünfzehn Jahre nach Ende des Kalten Krieges immer noch in einem geteilten Europa leben. Bei allen Übergangsschwierigkeiten kommen wir mit der Integration der neuen Mitgliedstaaten gut voran.

Wir sind mit der Erweiterung auf einer neuen Entwicklungsstufe angekommen, weil wir inzwischen nicht mehr nur den Frieden in Europa sichern müssen, sondern die europäische Zusammenarbeit auch stärker als Instrument globaler Friedenssicherung nutzen. Das ist die eigentliche Begründung für die Fortführung der EU.

Einige fragen sich, warum wir weiterhin die europäische Integration betreiben, schliesslich haben wir doch viel erreicht: Wir haben einen gemeinsamen Markt, eine gemeinsame Währung, Krieg gibt es auch keinen mehr. Und schliesslich wollen wir nicht noch mehr Bürokratie. Warum also noch mehr Integration? Meine Antwort ist: Weil wir in dieser Welt der Globalisierung gemeinsam nicht nur nach innen, sondern auch nach aussen handlungsfähiger werden müssen. Das heisst, eine Ordnung zu finden, in der das auch funktioniert. Hier liegt die Zukunft der EU.

Deswegen ist das Subsidiaritätsprinzip so wichtig, deswegen brauchen wir – bilateral oder in anderer Form, das entscheiden Sie selbst – übrigens auch die Schweiz mit ihren ausgeprägten föderalen Erfahrungen. Denn ich glaube, dass sich Europa nur föderal erfolgreich organisieren lässt. Angesichts von Globalisierung und dramatisch schnellen Veränderungen ist die richtige Kombination von Weltoffenheit und Nähe die einzig richtige Antwort, damit die Menschen nicht verrückt werden. Diese Balance beherrschen die Schweizer besser als andere, und auch das spricht für das föderale Bauprinzip.

Deswegen brauchen wir eine klare Abgrenzung: Wofür ist weiterhin die nationalstaatliche Ebene, also die Mitgliedstaaten, zuständig und wofür Europa? Das ist eine schwierige Frage, die wir aber klären müssen. Denn der Weg, dass alle Ebenen für alles zuständig sind, führt zur Verschleierung von Verantwortlichkeiten und zu einem Übermass an Bürokratie.

Deswegen brauchen wir einen Verfassungsvertrag – auch wenn wir diesen nicht mehr so nennen werden. Jedenfalls müssen wir einen Weg finden, den diejenigen akzeptieren können, die den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert haben, und in dem sich auch die wiederfinden, bei denen die Ratifizierung abgelehnt worden ist – insbesondere Frankreich und die Niederlande –, damit wiederum diejenigen, die sich bisher nicht entschieden haben wie etwa Polen, Tschechien oder das Vereinigte Königreich, in eine Dynamik hineingelangen, die produktiv für den ganzen Prozess ist. Aber bei all dem ist es keine Frage, dass wir im institutionellen Bereich der Entscheidungsfindung wirkungsvoller, effizienter in Europa werden müssen.

Europa leidet heute unter Defiziten an Effizienz, Transparenz und demokratischer Legitimation, die durch den Vertragsentwurf nicht ideal gelöst, aber doch ein ganzes Stück weit verbessert werden. Der Vertrag wird uns nicht zu einem perfekten Europa führen, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Im Übrigen muss die EU auch gar nicht perfekt sein, sie darf vor allem nicht glauben, sie wäre es. Sonst wird sie unerträglich – für sich selbst wie für andere. Eine Demokratie kann niemals perfekt sein.

Die Freiheit beruht geradezu auf der Voraussetzung – das wissen wir von Karl Popper –, dass wir eigentlich immer nur wissen, was *falsch* ist, dass wir immer nur aus Fehlern und Irrtümern lernen und daher zu der Einsicht kommen, dass es das Perfekte so gar nicht gibt. Also brauchen wir weiterhin Diskussionen, Kompromisse, mühsame Änderungsprozesse, um voranzukommen. Gerade darauf beruht die freiheitliche Gesellschaft. Deswegen muss die

EU in all ihrer Kompliziertheit auch nicht zu streng mit sich selbst sein. Vielleicht ist sie in der modernen Welt der Interdependenzen die richtige Antwort. Jedenfalls ist sie nicht aggressiv, dafür ist sie schon viel zu schwerfällig.

Und deswegen will ich dann doch noch etwas zu der Frage sagen, was die Stellung der Schweiz in Europa bedeuten kann. Ich habe ja immer wieder betont, dass der Schweiz das Tor zur EU offen steht – weit offen. Aber die Schweiz selbst muss entscheiden, ob, wann und wie sie hindurchgehen will. Wir üben keinen Druck aus, wir respektieren jede Entscheidung des Schweizer Souveräns.

Ich selber pflege dann und wann mit aller gebotenen Zurückhaltung zu sagen: Am Ende wird es so sein, dass mehr und mehr Entscheidungen in Europa die Schweiz mitbetreffen. In einem solchen Fall würde ich immer darüber nachdenken, ob ich nicht lieber an Entscheidungen mitwirken sollte, von denen ich doch betroffen bin. Aber wer immer sich ein wenig informiert hält, weiss, dass die Schweiz schon heute – gerade auch im Verhältnis zu ihrer Grösse – ein grosses Mass an Verantwortung für die europäische Entwicklung trägt.

Wir alle werden immer stärker von Entwicklungen ausserhalb unserer Länder betroffen sein. In dem Masse, in dem Entfernungen schrumpfen, schrumpfen auch unsere nationalen Entscheidungsspielräume. Probleme machen an Grenzen nicht Halt. Deswegen müssen wir Lösungen finden, die über Grenzen hinausreichen. Kompromisse zu finden ist eine mühselige, langwierige Angelegenheit – eine ständige Herausforderung für ein multinationales Gebilde, wie es die EU nun einmal ist, das sich laufend fortentwickelt. Aber dieser mühselige Prozess ist notwendig, um zukunftsfähig zu sein.

Die Schweiz hat eine lange demokratische Tradition und viel Erfahrung in der Kultur des Abstimmens und des Findens von Kompromissen. Wenn ich Schweizer Medien verfolge, habe ich gelegentlich schon den Eindruck, dass sich die Schweizer Öffentlichkeit mehr und intensiver für die Europäische Debatte und Entwicklung interessiert als viele meiner Landsleute. Das mag natürlich mit der alten Erfahrung zusammenhängen, dass man das, was man nicht hat, mehr wertschätzt als das, was man selbstverständlich zu besitzen meint. Das nennen die Ökonomen das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen. Wenn man Schweizer Zeitungen liest, hat man das Gefühl, dass sie viel weniger introvertiert sind als Zeitungen in anderen europäischen Ländern. So wie ja auch die Fähigkeit, Fremdsprachen zu lernen, in kleinen Ländern offensichtlich besser entwickelt ist.

Die Schweiz hat eine lange und tiefe europäische Tradition. Irgendwann, so vermute ich, wird der bilaterale Weg erschöpft sein. Wann weiss ich nicht, Vorhersagen sind schwierig. Aber wenn wir daran denken, dass ein wesentlicher Teil der europäischen Aufgaben in der Gestaltung der wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Aussenbeziehungen zu anderen Teilen der Welt liegt, so ist der bilaterale Weg sicher nicht der optimale einer Mitwirkung.

Die Welt ist dicht, komplex und schnell geworden. Wir können uns aus ihr nicht zurückziehen. Abgrenzung kann in dieser Zeit der Grenzenlosigkeit nicht die richtige Lösung sein. Die globalen Herausforderungen betreffen uns alle. Und ich glaube, dass wir sie gemeinsam hinreichend lösen können. Deswegen muss Europa seine Zusammenarbeit insbesondere dort vertiefen, wo wir unserem Gewicht und unserer Verantwortung in dieser vernetzten, globalisierten Welt gerecht werden können.

Die EU ist aus meiner Sicht die bisher beste Antwort auf das Ende des nationalstaatlichen Souveränitätsmonopols. Wir alle, vor allem aber wir Deutschen haben die nationalstaatliche Souveränität als das allein bestimmende Ordnungsmodell der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert kräftig ad absurdum geführt. In Wahrheit haben wir all unsere Souveränität längst verloren. Deswegen brauchen wir neue Formen der Zusammenarbeit, die nicht so sauber geordnet sind, wie sie sich Juristen gerne wünschen. Aber das war in der Geschichte fast immer so.

In der Globalisierung gibt es kein Regelungsmonopol. Auch die Vereinten Nationen haben es nicht. Gerade deswegen brauchen wir neue Formen transnationaler institutioneller Zusammenarbeit. Und dafür können die Europäerinnen und Europäer viel leisten. Je besser es uns gelingt, dieses Modell der Integration in Europa in all seiner Kompliziertheit und Unvollkommenheit zukunftskräftig zu machen, umso mehr werden wir auch für andere Teile der Welt ein Modell von Hoffnung und Vorbild sein – auch daran sollten wir in unserer täglichen Mühsal denken.